

Die Spitze der Schweizer Sozialdemokraten und die Selbstbehauptung unseres freien Staates

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für
Armee und Kader**

Band (Jahr): **59 (1984)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-713925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Spitze der Schweizer Sozialdemokraten und die Selbstbehauptung unseres freien Staates

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF. 273 11414

Oberstlt i Gst Dominique Brunner, Zürich

Im Juni 1984 veröffentlichte der offizielle Presdienst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz – mit mehr als einwöchiger Verspätung – eine gemeinsame Erklärung selbiger Partei – immerhin mit zwei Sitzen in unserem Bundesrat vertreten – und der Staatspartei der kommunistischen sogenannten DDR, früher zutreffender Ostzone genannt, ist doch das Eigenschaftswort «demokratisch» angesichts der in der DDR bestehenden Funktionärs- und Polizeiherrschaft nichts als blanker Hohn. Kernstück dieser wunderbaren Erklärung der zwei merkwürdigen Partner nach einem Besuch der DDR-Funktionäre in der Schweiz ist der im folgenden wiedergegebene Passus: «Die Vertreter der SED und SPS stimmten darin überein, dass trotz unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Fragen die vordringlichste Aufgabe jeder verantwortungsbewussten Politik in der Gegenwart darin besteht, alles zu tun, um die Rüstungseskalation zu stoppen, die Gefahr eines atomaren Infernos abzuwenden und eine

Wende zur Abrüstung und Entspannung herbeizuführen. In diesem Sinne sprachen sich beide Seiten für das Zusammenwirken von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie aller anderen an der Erhaltung des Friedens interessierten Kräfte in einer breiten Koalition der Vernunft aus. Es gehe darum, mit gutem Willen und einem konstruktiven Herangehen Konfrontation und Spannungen abzubauen sowie Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erzielen.

Die SED und SPS, so wurde betont, wenden sich gegen alle Schritte, die das Wettrüsten forcieren und die Gefahr eines nuklearen Krieges erhöhen. Beide Parteien treten für den Abbau und die schliessliche Beseitigung aller Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen ein. Sie setzen sich für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen, ein Verbot der chemischen Waffen und des militärischen Missbrauchs des Weltraumes ein.»

Aufschlussreiches Abwarten der SP

Einleitend bleibt darauf hinzuweisen, dass es Anhaltspunkte dafür gibt, dass die SPS-Spitze das gemeinsame Communiqué möglicherweise nicht in vollem Umfang und nicht so publik gemacht hätte, wäre ihr nicht die «Neue Zürcher Zeitung» zuvorgekommen. Es ist dem beherzten und klarsichtigen designierten Chefredaktor dieses Blattes, Dr Hugo Büttler, zu danken, dass die schweizerische Öffentlichkeit zeitig von der bemerkenswerten Übereinstimmung offenbarenden Schlusserklärung der beiden Parteien – ich präzisiere erneut: Parteispitzen – erfuhr, nämlich viele Tage vor der Publikation im SPS-Pressedienst. Die «NZZ» war auf diese Erklärung in der offenbar sehr viel schneller reagierenden DDR-Staats- und Hofpresse gestossen, die mindestens in diesem Fall weit mehr Willen zur Transparenz bewies als die Chefgenossen der SPS.

Der «Schweizer Soldat», in dem ich seit 1974 des öfteren zur Feder greifen durfte, ist eine



Immer und überall

in der Stadt mit dem Ortsruf Citycall!
Vom Telefonnetz über Funk zum diskreten Taschenempfänger, der optisch und akustisch signalisiert: «Vom nächsten Telefon aus die vereinbarte Nummer anrufen!» Wo auch immer man sich befindet.



im ganzen Land mit dem Autoruf!
Vom Telefonnetz über den UKW-Sender zum Empfänger, der optisch und akustisch signalisiert: «Vom nächsten Telefon aus die vereinbarte Nummer anrufen!» Wo auch immer man sich mit dem Auto oder dem Taschenempfänger befindet.



Weitere Niederlassungen in: Zürich, St. Gallen, Basel, Luzern, Lugano, Chur,

Militärzeitschrift. Sein Augenmerk gilt militärischen Fragen im weitesten Sinn, mithin auch militärpolitischen Fragen. Daraus folgt die Legitimation zur Erörterung des bezeichnenden Zwischenfalls SPS - SED. Denn hier geht es wahrlich um Militärpolitik oder, wie es moderner heisst, um Sicherheitspolitik.

DDR: sicherheitspolitisch das Megaphon Moskaus

Die DDR wird von den Satrapen Moskaus beherrscht und verwaltet, das heisst auch auf dem Kurs aussenpolitisch gehalten, der dem Kreml genehm ist. Was Exponenten dieser Staats- und Parteiführung im Bereich der Aussenpolitik verlaublichen, entspricht und muss Moskaus Interessen entsprechen. Dies kann nicht Gegenstand von Spekulation sein, das wird brutal greifbar in der Abriegelung der DDR gegen aussen, das heisst gegen Westen. Zu verdenken wäre der DDR nicht, dass sie ihre Grenze im Blick auf einen Ernstfall abschirmt und befestigt, das tut die freie, neutrale Schweiz auch, und mit gutem Grund im Lichte geschichtlicher Erfahrung. Was die DDR zum barbarischen Staat oder Gefängnis degradiert, ist die Abriegelung ihrer Staatsgrenze nach innen, ist die Tatsache, dass auf denjenigen geschossen wird, der sich in den Westen begeben will, es wäre denn, dies würde ihm amtlich erlaubt, was bekanntlich fast nur der Fall ist bei Rentnern, die man in der Mangelwirtschaft der Oststaaten eigentlich gerne los würde, Funktionären oder Unbequemen, die Aufsehen erregt haben, die man also lieber in die Bundesrepublik abschiebt. Welcher gesittete Staat auf dieser Erde greift zur Waffe, um seine Bürger, die keine

Vom Nutzen der schweizerischen Armee

Im vergangenen Jahrzehnt hat eine sich als kritisch verstehende Geschichtsschreibung begonnen, die Rolle der Armee bei der Behauptung der schweizerischen Neutralität während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zu bestreiten oder doch als sehr gering einzustufen. Die Armee habe vielmehr hauptsächlich der Disziplinierung der Bevölkerung gedient, das Land aber sei verschont geblieben, weil wirtschaftliche, politische und nachrichtendienstliche Interessen seiner kriegführenden Nachbarn solches geboten hätten.

Diese interessanten Vorstellungen haben den Vorteil, dass sie sich der populären historischen Dämonologie unserer Tage leicht einordnen lassen. Andererseits sind die skizzierten Thesen quellenmässig bisher nicht genügend unterbaut worden. Walter Schaufelberger ist nun aufgrund von teilweise erst seit kurzem zugänglichen Quellen den Fragen nachgegangen. In seiner Schrift «Die Schweiz zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich 1914/1939, oder vom Nutzen der schweizerischen Ar-

mee» zeigt der Zürcher Militärgeschichtler überzeugend, dass die Dinge komplizierter liegen, als auf den ersten Blick scheinen könnte.

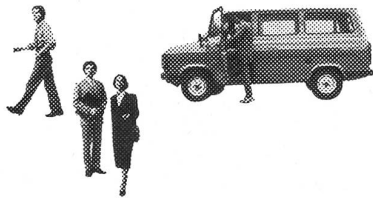
Gewisse nichtmilitärische Faktoren haben zwar jeweils gegen einen Angriff auf unser Land gesprochen, andere aber gleichzeitig dafür, so dass jeder potentielle Gegner vor der Aufgabe stand, eine tragfähige Kosten-Nutzen-Berechnung zu erstellen. Schaufelberger zeigt nun, dass auf der Kostenseite der Wille und die Fähigkeit der Schweiz, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen, erheblich zu Buche schlug, dass also der dissuasive Nutzen der Armee doch deutlich grösser war, als in letzter Zeit vielfach angenommen wurde.

Der Autor schliesst damit, dass wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft der wirkungsvollste und ehrlichste Schweizer Beitrag zum Frieden darin bestehe, durch angemessene militärische Bereitschaft jedermann davon zu überzeugen, dass der Eintrittspreis in unser Land hoch, zu hoch sei.

Jürg Stüssi-Lauterburg

Walter Schaufelberger

Die Schweiz zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich 1914/1939, oder vom Nutzen der schweizerischen Armee. Heft Nr 2 der Schriftenreihen der Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen (GMS), Zürich, 1984



erreichbar

über die Grenze mit Eurosignal!

Vom Telefonnetz, in Zukunft europaweit, über einen diskreten Taschenempfänger, der optisch und akustisch signalisiert: «Vom nächsten Telefon aus die vereinbarte Nummer anrufen!»



weltweit mit dem Natel!

Von überall auf der Welt ansprechbar, im Auto, Boot oder mit dem Koffer irgendwo unterwegs – und von der Schweiz aus weltweit mit jedem Telefon verbunden. Wo immer es sich auch befindet!



Schön wär's, immer und überall erreichbar zu sein. Informieren Sie uns bitte unverbindlich über:

- Citycall
- Autoruf
- Eurosignal
- Natel

Name _____ Strasse _____

PLZ/Ort _____ Telefon _____

AUTOPHON



Autophon AG, Vertriebsleitung Schweiz
Stauffacherstrasse 145, 3000 Bern 22, Telefon 031 40 00 22

Winterthur, Olten, Schwyz, Biel, Neuchâtel, Téléphonie SA Lausanne, Sion, Genève.

Schweizerische Trainoffiziersgesellschaft
Société suisse des Officiers du Train

Informationskurse für angehende Trainrekruten

Im Rahmen der militärtechnischen Vorbildung werden 1985 Informationskurse für angehende Trainrekruten durchgeführt. Diese Kurse sollen Schweizer Bürgern, welche zum Train ausgehoben werden möchten, einen Einblick in den Alltag eines Trainsoldaten vermitteln.

In *dreitägigen* Kursen wird vor allem der Umgang mit Pferden geübt. Viel Lehrreiches vermitteln aber auch die Vorträge und Filme. Die Kurse werden in der Eidg. Militärpferdeanstalt (EMPPFA) in Bern durchgeführt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Kosten Fr 30.–, Hin- und Rückreisepesen (½-Tarif) gehen zu Lasten der Kursteilnehmer. Teilnahmeberechtigt sind Schweizer Bürger im Alter von 18 Jahren. Der Kurs muss vor der Rekrutierung absolviert werden. Anmeldeformulare und Kursunterlagen sind schriftlich zu beziehen bei:

Hptm Imhof Leo	<i>Kursdaten:</i>
Buggenacher 17	17.–19. Juni 1985
6043 Adligenswil	20.–22. Juni 1985
Tel P: 041 31 19 57	24.–26. Juni 1985
G: 041 31 26 21	27.–29. Juni 1985

Anmeldeschluss: 15. April 1985
Schweizerische Train-Offiziersgesellschaft

Verbrecher des gemeinen Rechts sind, an der Ausreise zu hindern? Diese 1961 bei der Errichtung des «mur de la honte», der Ostberliner Mauer, jedermann geläufigen elementaren Wahrheiten müssen heute ausdrücklich in Erinnerung gerufen werden, weil eben seither mehr als zwei Jahrzehnte verstrichen sind und sich ein bestimmter Teil der Medienschaffenden systematisch bemüht hat, diese Grundwahrheiten herunterzuspielen.

Und wenn die FDP mit Pinochet...

Um die Enormität der gemeinsamen Erklärung der DDR-Partei und der Spitze der schweizerischen Sozialdemokratie in ihrer ganzen Tragweite zu ermessen, mag es nützlich sein, sich vorzustellen, dass eine solche Absprache – das ist es doch wohl! – zwischen der Spitze der Freisinnigen Partei und, zum Beispiel, einer repräsentativen Vertretung des Regimes des Generals Pinochet erfolgt wäre... Mit anderen Vorzeichen, versteht sich. Das Entsetzen hätte keine Grenzen gekannt, gewisse wenig begabte, selbsternannte Schulmeister der Nation in Radio und Fernsehen hätten Purzelbäume geschlagen und, kein Zweifel, die FDP hätte ihre Spitze schleunigst aberufen. Und dabei bestünde erst noch der Unterschied, dass das chilenische Generalsregiment nicht der verlängerte Arm einer bis an die Zähne bewaffneten Supermacht ist, die den ganzen, einstmals kulturell-zivilisatorisch hochstehenden Osten Europas kolonisiert hat.

Überflüssige Zusammenarbeit: Brief an Moskau genügte!

Das im oben zitierten Communiqué bechworene «Zusammenwirken von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien» in einer «breiten Koalition der Vernunft» ist, versucht man dem kommunistischen Gesprächspartner der SPS-Spitze Aufrichtigkeit zu unterstellen, ganz und gar überflüssig. Was den Frieden in Europa bedroht, ist nämlich leicht zu erkennen und teilweise durch amerikanisch-sowjetische Vereinbarungen (SALT I) eklatant untermauert: Die sowjetische Überrüstung, die sowjetische Überlegenheit in bezug auf die interkontinental einsetzbaren, sodann in bezug auf die eurostrategischen Atomwaffen sowie in bezug auf die konventionellen Kräfte, die in Europa präsent sind oder binnen nützlicher Frist hier zum Einsatz gebracht werden könnten.

Das ist, was nur am Rand in Erinnerung gerufen sei, natürlich der unmittelbare Grund zur Sorge, die unmittelbare Ursache der effektiven und von vielen mehr oder weniger präzise wahrgenommenen Gefahr. Der tiefere Grund liegt im sowjetischen Regime, das von seinem Anspruch auf Alleingültigkeit erhebenden Dogma her alles Andersartige und vor allem alle Freiheit zulassenden politischen Systeme des Auslandes als Bedrohung empfindet. Dieses sowjetische System hat die Gesellschaft militarisiert, wie es nicht einmal das wilhelminische Deutschland war. Es gibt den Kanonen eindeutig den Vorzug vor der Butter, und jeder ist dort seit Stalin über kurz oder lang gescheitert, der die Macht des militärisch-industriellen Komplexes einzuschränken suchte, Chruschtschow vor allem. Der Pracht- und Machtentfaltung nach aussen steht tiefstehende Unsicherheit der Herrschenden gegenüber, die nicht nur mit der Angst aller Diktatoren zu tun hat, sondern sich natürlich auch aus den echten Problemen – ethnisch-demographischen, wirtschaftlichen, organisatorischen – des überdehnten Reiches der Moskauer Machthaber erklärt. Aber das ist gar nicht beruhigend für die Aussenwelt, lehrt die Geschichte doch, dass gerade erstarrte Herrschaftssysteme, vor schwer lösbare innere Probleme gestellt, wenn sie gleichzeitig über grosse militärische Macht verfügen, höchst gefährlicher Reaktionen fähig sind. Sowohl das innerlich zerfressene Zarenreich als auch die auf tönernen Füßen stehende österreichisch-ungarische Monarchie haben entscheidend zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges beigetragen, der sie begrub!

Demontage der westlichen Abschreckung gleich Demontage der westlichen Sicherheit

Wenn es dennoch unbegründet wäre, den grossen Krieg in Europa derzeit als wahrscheinliche Eventualität anzusehen – eine Möglichkeit ist er natürlich –, so vor allem wegen der aus dem Vorhandensein des westlichen Atomarsenals resultierenden Abschreckung, die ihre heilsame Wirkung selbst bei partieller und ins Gewicht fallender sowjetischer Überlegenheit auf diesem Gebiet entfaltet. Alles weist darauf hin, dass General Beaufres vor 20 Jahren gemachte Aussage völlig richtig ist, wonach «l'existence du niveau nucléaire crée une atmosphère de prudence essentiellement stabilisatrice». Und ausgerechnet die westliche atomare Abschreckung, genauer deren Aufrechterhaltung durch die teilweise überfällige Modernisierung des amerikanischen Arsenal – darunter fällt auch die Installierung amerikanischer Lenk Waffen und Cruise-Flugkörper mit Atomsprenkopf in Europa, die sogenannte Nachrüstung – will

die auf hohen Touren laufende, sowjetisch inspirierte, mindestens den Sowjets nützende Agitation gegen «das Wettrüsten», gegen die Atombewaffnung nachhaltig schwächen. Die sowjetischen Mentoren der DDR-Machthaber, mit denen sich die Spitzen der SPS in so schönem Einklang befinden, hätten es mit einem Eingehen auf den amerikanischen Vorschlag bei den Genfer INF-Gesprächen – über die atomaren Mittelstreckenwaffen –, diese Mittelstrecken-Lenk Waffen zu beseitigen, die Reagansche Nulllösung, durchaus in der Hand gehabt, das atomare Wettrüsten auf diesem sensiblen Teilgebiet wirksam zu drosseln. Denn das atomare Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion im interkontinentalen Bereich allein sollte die Sowjetunion jeder Sorge um ihre äussere Sicherheit entheben, stempelt es doch jede aus eigenem Antrieb unternommene offensive Aktion der USA gegen das sowjetische Heimatgebiet zum reinen Selbstmordversuch (das mag die Tatsache illustrieren helfen, dass man in den USA noch eifrig diskutiert, ob man die Mittel für den Bau von ein paar Dutzend interkontinentalen Lenk Waffen des Typs MX bewilligen will, die etwa die gleichen Eigenschaften aufwiesen wie die heute vorhandenen rund 750 sowjetischen SS-17, SS-18 und SS-19).

Und wenn verantwortungsbewusste Zeitgenossen im Westen, wo Rede- und Meinungsfreiheit herrscht, einer Stärkung der konventionellen Rüstung das Wort reden, so wiederum einzig auf Veranlassung der Sowjetunion hin, die die Zahl ihrer Divisionen innerhalb der letzten 20 Jahre von 140 auf mehr als 180 erhöht hat, deren Personalbestand gesteigert – beim Haupttyp, der motorisierten Schützen Division, von rund 11 000 auf 13 600 Mann Sollbestand – und deren Ausrüstung zügig modernisiert hat, indem zB den sowjetischen Landstreitkräften seit 1976 nahezu 15 000 Kampfpanzer der neuen Generation, T-64, T-72 und T-80, zugeführt wurden gegenüber keinen 3000 M-1 und Leopard II bei der NATO. Es ist unbestreitbar, dass die NATO-Regierungen auch ihre konventionellen Rüstungsanstrengungen nicht erhöht hätten, hätte die Sowjetunion, welcher die SED-Gesprächspartner unserer einheimischen sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre verpflichtet sind und nach dem Munde reden, nicht nach Chruschtschows Sturz die gewaltigste konventionelle Kriegsmaschinerie aller Zeiten auf die Beine gestellt.

Wer nimmt der SPS-Spitze noch ihr Lippenbekenntnis zur Landesverteidigung ab?

Angesichts dieser – leicht zu überprüfenden – Feststellungen, wird deutlich, dass der Wortlaut der SED-SPS-Erklärung einseitig sowjetischen Interessen entspricht. Es handelt sich um eine Massnahme im Rahmen des von der östlichen Hegemonialmacht inszenierten psychologischen Feldzuges gegen den Selbstbehauptungswillen und die Selbstbehauptungsfähigkeit der westlichen Demokratien. Bekenntnisse dieser sozialdemokratischen Partei zur schweizerischen Landesverteidigung sind, solange sie diese Führung toleriert, unglaubwürdig. Das ist allerdings nur das Pünktchen auf dem i. Denn bereits die regelmässige Polemik gegen die Beschaffung moderner Waffen für unsere Verteidigungsarmee und nicht zuletzt die Stellungnahme für die diese Milizarmee in Frage stellende Zivildienst-Initiative im Vorfeld des 26. Februars 1984 hatten die Glaubwürdigkeit solcher Bekenntnisse erschüttert. ■